

P R O T O K O L L
der 306. Sitzung des Grossen Gemeinderates

Datum	Dienstag, 24. Oktober 2006
Zeit	19.30 – 22.05 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend	
Vorsitz	Grubwinkler Ralf
Mitglieder	Aebi Florian, Aeschimann Pia, Aebersold Jürg, Beck Jolanda, Bettler Suter Verena, Brüngger Samuel, Cadetg-Hafen Ruth, Chételat-Dangel Caroline, Friedli Rolf, Gantner Urs, Graham Marina, Grütter Urs, Häusermann Martin, Heer Kathrin, Kästli Peter, Kauth Adrian, Künzi-Egli Barbara, Lehmann Beat, Loosli Marc, Manz-Tanner Judith, Marti Beat, Mallepell Elisabeth, Meyer Roland, Müller Franz, Müller Maya, Pedinelli Stotz Daniela, Raaflaub- Minnig Ruth, Ruta Francesca, Schönenberger- König Daniela, Schwander Fritz, Siegenthaler Urs, Staub Bettina, Stettler Annemarie, Streit Lee, Treier Hannes, Wegmüller Beat, Wenger- Kupferschmied Ursula, Ziberi Johanna
Stimmzähler/in	Friedli Rolf, Ruta Francesca
Vertreter des Gemeinderates	Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident, Gubler-Geelhaar Patricia, Hanke Thomas, Mangold Kathrin, Pulver-Schober Beatrice, Stalder Ritschard Barbara, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Schmid Beat, Finanzverwalter (Traktanden 3 + 4)
Entschuldigt abwesend	GGR: Stauffer Nando
Protokoll	Laager Simon, Stv. der Gemeindeschreiberin

Geschäfte 10

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 19. September 2006	186
2	Kommission für Abstimmungen und Wahlen; Ersatzwahl	187
3	Reglement betr. Spezialfinanzierung Werterhalt für die Liegenschaften des Finanzvermögens	187
4	Investitions- und Finanzplan 2006 - 2011 Genehmigung des Voranschlages, des Gemeindesteueransatzes, der Liegenschaftssteuer, der Feuerwehropflichtersatzabgabe und der Hundetaxe für das Jahr 2007	191
5	Postulat SVP-Fraktion "Gesunde Muri-Finzen auch für morgen!"	203
6	Motion Forum-Fraktion betr. Einhaltung der Verkehrsaufgaben in der Überbauungsordnung Gümligenfeld; Zwischenbericht	204
7	Motion FDP/JF-Fraktion und SVP-Fraktion für ein Leitbild zur Ortsplanungsrevision	205
8	Postulat Graham (Forum) betr. Wasseraufwärmung und Wassernutzung im Muribad	205
9	Kommission für Weiterbildung, Kultur und Gemeindebibliothek; Ersatzwahl	205
10	Neue parlamentarische Vorstösse	206

Der Vorsitzende eröffnet die 306. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 39 Ratsmitgliedern fest. Herzlich begrüsse er die Gäste sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Ganz besonders willkommen heisse er für die heutige Sitzung die neue Gemeinderätin, Beatrice Pulver-Schober. Er wünsche ihr im neuen Amt viel Spass. Weiter begrüsse er Finanzverwalter Beat Schmid.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 Protokoll der Sitzung vom 19. September 2006

Francesca Ruta führt namens der SP-Fraktion aus, sie habe Folgendes festgestellt: Das Protokoll habe sich, wie auch vieles andere in dieser Gemeinde, einer Diät unterzogen und sei schlanker geworden. Sie möchte sich gar nicht vorstellen, welche Arbeit dahinter stecke, ein solches Protokoll zu verfassen. Wenn jedoch die Voten schon schriftlich abgegeben würden, müsse nicht noch zusätzliche Arbeit entstehen, indem sie stilistisch verbessert und gekürzt würden. Hier sei eine Schere, besonders bei den prägnanten Aussagen, entstanden. Sie müsse wohl niemandem erklären, dass ein Protokoll jede Aussage in ihrem Sinne wiedergeben müsse. Wenn die pikanten Zwischenbemerkungen weggelassen würden, sei ein Protokoll unvollständig. Sie danke dem Protokollführer schon jetzt herzlich für die kommenden Protokolle.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob Francesca Ruta einen Ergänzungs- oder Änderungsantrag zum Protokoll der Sitzung vom 19. September 2006 stelle.

Francesca Ruta (SP) verneint.

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 Kommission für Abstimmungen und Wahlen; Ersatzwahl

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für den auf den 31. August 2006 zurückgetretenen Michel Favez schlage die Sozialdemokratische Partei Yong Brügger, Betriebswirtschaftler SBB, Thunstrasse 158, 3074 Muri bei Bern, vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Herr Yong Brügger wird für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Kommission für Abstimmungen und Wahlen gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert dem Gewählten.

3 Reglement betreffend Spezialfinanzierung Werterhalt für die Liegenschaften des Finanzvermögens

Es liegen folgende Änderungsanträge vor:

Gemeinderat

Neuer Art. 5 (Überprüfung): Dieses Reglement ist per 1. Januar 2012 auf seine Wirkung zu überprüfen.

Der bisherige Art. 5 wird neu zu Art. 6.

SVP-Fraktion

Beim Artikel 2 sind die Absätze 1 und 2 zu streichen. Neuer Absatz 1 beim Art. 2: Die Spezialfinanzierung wird geäufnet durch jährlich im Budget einzusetzende Beträge. Absatz 3 wird neu Absatz 2.

Peter Kästli führt als Sprecher der GPK aus, sie seien mit dem Gemeinderat einig, dass die Substanz des Finanzvermögens langfristig erhalten werden müsse. Dass dies mit einem entsprechenden Gebäudeunterhalt geschehe, sei einsichtig. Die bisherige Lösung, welche vorsehe, den Gebäudeunterhalt mit dem jährlichen Voranschlag dem Grossen Gemeinderat vorzulegen, sei eine Lösung, welche den formalen Vorgaben - das heisse, den Regeln des Finanzhaushaltes der Gemeinde - entspreche und nicht zu beanstanden sei. Nachteilig sei bei dieser Regelung, dass nicht verbrauchte Budgetpositionen verfielen und daher eine Planung des Gebäudeunterhalts erschwert werde. Mit dem vorgelegten Reglement schlage der Gemeinderat dem Parlament die Schaffung einer Spezialfinanzierung vor. Damit werde die Mittelbeschaffung für den Gebäudeunterhalt automatisiert. Auch diese Lösung sei aus formalen Gründen zweckmässig und tauglich. Die GPK wolle festhalten, dass der Handlungsspielraum des Parlamentes mit der neuen Regelung ein wenig verkleinert werde, da die Einlage in die Spezialfinanzierung nach dem vorgelegten Reglementsentwurf automatisch erfolge und nicht mehr durch den Grossen Gemeinderat anlässlich der Budgetberatung beeinflusst werden könne. Die GPK sehe Argumente sowohl für die bisherige wie auch für die neue Lösung. Weil beide Lösungen den for-

malen Anforderungen entsprächen, gleichwertig sowie möglich seien und weil der Entscheid für oder gegen eine Spezialfinanzierung schlussendlich eine politische Frage sei, gebe die GPK in diesem Geschäft keine Empfehlung ab.

Die Gleichwertigkeit der beiden Lösungen, welche der GPK-Sprecher präsentiert habe, sei für den Gemeinderat nicht in allen Belangen gegeben, hält Thomas Hanke fest. Er sei seit eineinhalb Jahren für die Liegenschaften des Finanzvermögens zuständig und stelle bei der bisherigen Lösung immer wieder Hindernisse fest. So werde beispielsweise bei ungeplanten Mieterwechseln ein Teil der budgetierten Summe für den Liegenschaftsunterhalt beansprucht und etwas anderes, was gemacht werden müsste, könne dadurch nicht mehr realisiert werden. Er sei auch schon früher jemand gewesen, der gegen nachteilige Übungen gekämpft habe. Um diesem Problem ein wenig entgegenzukommen und auch dem Liegenschaftsverwalter eine Sicherheit zu geben, schlage der Gemeinderat die Schaffung einer Spezialfinanzierung vor. Namentlich, dass die Liegenschaftsverwaltung wisse, wie viel Geld sie für den Liegenschaftsunterhalt für das laufende Jahr zur Verfügung habe und dass es, wenn es heuer nicht gebraucht werde, im Folgejahr eingesetzt werden könnte. Somit könnten die Investitionen - es stünden relativ viele Sanierungen an - besser geplant und umgesetzt werden, was ja letztendlich der Substanzerhaltung der Liegenschaften im Finanzvermögen auch dienlich sei. Es sei zugegebenermassen ein kleiner Kompetenzverlust für das Parlament, weil man gemäss bisheriger Lösung jährlich über den Umfang von Liegenschaftssanierungen hätte diskutieren können. Auch wenn der Grosse Gemeinderat dieses Reglement in eigener Kompetenz jederzeit abändern könnte, sehe der Gemeinderat die Bedenken des Parlaments und komme ihm deshalb insofern entgegen, indem er einen neuen Artikel 5 vorschlage, wonach in den nächsten fünf Jahren jeweils mit einem Prozentsatz von 2% des Gebäudeversicherungswertes operiert und danach überprüft werde, ob dieser Prozentsatz noch sakrosankt sei oder nicht. Diese 2% seien im Liegenschaftsbereich eine gängige Grösse. Wenn man bei einer Liegenschaft von Anfang an jährlich 2% für die Sanierung beiseite lege, fahre man auf einem gesunden Niveau, eher im oberen Bereich. Bisher seien dies jedoch nie 2% gewesen, weshalb ein Nachholbedarf bestehe. Dies ergebe insgesamt eine Summe von CHF 1 Mio., welche in den nächsten fünf Jahren für Sanierungen gebraucht werden könnte. Bei einem Gebäudeversicherungswert von rund CHF 32 Mio. sei das Delta somit irgendwo sichergestellt. Deshalb mache er dem Grossen Gemeinderat beliebt, das Reglement mit dem im Vorfeld der Sitzung verteilten Ergänzungsantrag des Gemeinderates zu erlassen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende informiert, über den gemeinderätlichen Ergänzungsantrag werde anlässlich der Detailberatung abgestimmt. Als nächstes folgten die Fraktionserklärungen und anschliessend die artikelweise Detailberatung. Er bitte die Ratsmitglieder, allfällige Abänderungsanträge direkt beim betreffenden Artikel zu machen und umfangreichere Anträge schriftlich dem Büro zu übergeben. Die vorgeschlagenen Änderungen würden unmittelbar zur Abstimmung gebracht. Aktuell lägen Änderungsanträge der SVP-Fraktion sowie des Gemeinderates vor.

Zu diesem Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Beat Wegmüller führt aus, die SP-Fraktion begrüsse die Neuregelung betr. Spezialfinanzierung für die Liegenschaften des Finanzvermögens und stimme dem vorliegenden Reglement, inkl. dem neuen Art. 5, vollumfänglich zu. Die vorgeschlagene Lösung sei weitsichtig, zukunftsorientiert und transparent. Damit sei auch ihre Hoffnung verbunden, dass die Gemeinde zu ihren Liegenschaften schaue und den notwendigen Unterhalt sowie Erneuerungen durchführe. Auf Seite 2 der Botschaft führe der Gemeinderat aus, er werde in der zweiten Hälfte des Jahres 2007 seine grundsätzlichen Überlegungen über die Liegenschaftsplanung - das heisse, welche ver-

kauft oder behalten werden sollten - dem Parlament unterbreiten. Er weise namens der SP-Fraktion darauf hin, dass sie dieses Geschäft genau anschauen würden. Es könne nicht darum gehen, Liegenschaften nur aus finanzpolitischen Gründen zu verkaufen. Den Antrag der SVP-Fraktion lehnten sie aus folgenden Gründen ab:

1. Jährlich 2% des Gebäudeversicherungswertes in die Spezialfinanzierung einzulegen sei von verschiedenen Experten anerkannt. Es müsse also nichts Neues erfunden werden.
2. Der Gemeinderat habe ja gemäss Art. 2 Abs. 2 die Möglichkeit, Liegenschaften von dieser Berechnung auszuschliessen, wenn sie langfristig nicht im Eigentum der Gemeinde bleiben oder für andere Zwecke genutzt werden sollten.
3. Das Parlament brauche nicht bei jeder Budgetdebatte über diesen Prozentsatz zu märten, nur damit der Voranschlag frisiert werden könne.

Dem Reglement, welches trotz Art. 5 schlank sei, stimme die SP-Fraktion zu.

Urs Gantner führt namens der FDP-Fraktion aus, es mache sicherlich Sinn, Gebäude laufend zu unterhalten und zu erneuern. Sie hätten die Frage, ob eine Spezialfinanzierung dazu die richtige Lösung sei, eingehend besprochen. Es sei halt oft so, dass die Realität ziemlich komplex sei. Ein kleinerer Handlungsspielraum für das Parlament, keine Erfahrung der GPK sowie die Tatsache, dass die 2% nicht genügten oder es zu Luxuslösungen führen könnte, wenn beispielsweise genügend Geld vorhanden sei, seien die Gegenmeinungen gewesen. Für den Vorschlag des Gemeinderates spreche, dass Rückstellungen sowie eine mittel- bis langfristige Planung möglich seien. Man habe ja heute das Problem, dass Kredite, welche nicht verwendet worden seien, wegen dem Jährlichkeitsprinzip verfallen würden. Der Ansatz, jährlich 2% des Gebäudeversicherungswertes in die Spezialfinanzierung zu legen, habe auch seine Schwächen, er habe dies zum Teil bereits angetönt, nämlich entweder Unter- oder tendenziell Überfinanzierung. Es sei übrigens auch so, dass sich der Bund in den letzten zwei Jahren - gerade aus dieser Erfahrung heraus - stark aus Fondsfinanzierungen zurückgezogen habe. Der Antrag der SVP habe gewichtige Vorteile. Beschlossene Massnahmen könnten vollzogen und der jährliche Beitrag ins Budget eingestellt werden, womit sowohl der Gemeinderat im Budgetierungsprozess wie auch das Parlament Spielraum geniessten. Es gehe nicht um die 2%, sondern um einen im Budgetierungsprozess eingesetzten Betrag. Die Fraktion sei für die Annahme des Antrages der SVP.

Bettina Staub erklärt namens des Forums, der Unterhalt der Liegenschaften sei - vor allem, wenn es um die Werterhaltung gehe - sehr wichtig, weshalb sie das neue Reglement annehmen würden. Sie würden jedoch bereits jetzt darauf hinweisen, dass sie sehr sehr skeptisch sein würden, wenn es darum gehe, Liegenschaften zu verkaufen. Vor allem, wenn die Erträge der laufenden Rechnung verbucht und damit schon wieder die Rechnung beschönigt werde, wie man dies in den letzten Jahren mit Spezialauflösungen gemacht habe.

Bei der artikelweisen Detailberatung stellt Urs Grütter namens der SVP-Fraktion einen Änderungsantrag zum Artikel 2. Aus ihrer Sicht gehe es effektiv nur um den im Vorfeld der Sitzung verteilten Artikel 2. Es habe ihnen in der Fraktion ein wenig in die Nase gestochen, dass dieses Liegenschaftsunterhaltsgeschäft dem grossen Gemeinderat weggenommen werden solle. Auch wenn in der Vergangenheit nicht gross darüber diskutiert worden sei, sei bereits die Tatsache, dass man darüber diskutieren könne, ein sehr wichtiges Kontrollinstrument, welches sie eigentlich nicht weggeben wollten. Sie seien zum Schluss gekommen, die beiden Ansätze könnten durchaus im Sinne des vorliegenden Änderungsantrages vereinigt werden. Einerseits der Gedanke der Stetigung und das Vermeiden der Tatsachen, dass ein Kredit, welcher aus irgendwelchen Verzögerungen nicht im entsprechenden Jahr gebraucht werden könne, verfallende und allenfalls im nächsten Jahr wieder ins Budget genommen und allenfalls abgeändert werden müsse etc. Das würde schon ein bisschen nach Leer-

lauf schmecken. Daher habe sich die SVP-Fraktion überlegt, wie dieser vermieden werden könnte. Wie es die FDP bereits erwähnt habe, habe man bei dieser starren 2%-Lösung immer entweder zu viel oder zu wenig, vor allem bei einem Liegenschaftsportefeuille von einem Dutzend Liegenschaften und einem nicht ausgeglichenen Altersbestand. Deshalb stellten sie sich vor, dass sich der Gemeinderat nach wie vor überlegen sollte, wo welche Arbeiten nötig seien. Diese könne man ja budgetieren. Man könne allenfalls nicht genau sagen, wann sie ausgeführt werden könnten. Deshalb kämen diese Beiträge ins Budget und würden in die Spezialfinanzierung überführt. Und wenn danach die Arbeiten ausgeführt würden, werde dies zulasten der Spezialfinanzierung abgebucht, ob das nun im Budgetjahr oder später wäre, sei dahingestellt. Jene, welche weniger mit NRM und mehr mit normalen Bilanzen und Erfolgsrechnungen zu tun hätten, würden hier von Rückstellungen sprechen. Diese würden eben genau dann aufgelöst werden, wenn das Geld benötigt werde. Berücksichtigt in der Erfolgsrechnung - oder in unserem Jargon in der Laufenden Rechnung - sei es, sobald der Bedarf erkannt sei. Mit der von ihnen vorgeschlagenen Lösung könnte eigentlich beiden Anliegen gerecht werden. Als störend empfinde er die an sie sowie mittelbar an Beat Schmid gestellten Vorwürfe, man brauche diese Position, um das Budget zu frisieren. Da müsse er klar sagen, dass dies ein Vorwurf sei, welcher hier nicht gemacht werden dürfe. Die Finanzverwaltung budgetiere sehr seriös, das dürfe auch einmal gesagt werden. Sie versuche, bei den Einnahmen eine konstante Linie zu fahren, auf das Risiko hin, dass einmal ein Fehlbetrag resultiere. Die Grundsätze der Budgetkonstanz würden gewahrt. Hier der Gemeindeverwaltung den Vorwurf zu machen, sie würde frisieren oder biegen, könne er so nicht stehen lassen. Er beantrage die Annahme des vorliegenden Änderungsantrages der SVP-Fraktion zu Art. 2.

Beat Wegmüller (SP) erwidert, er habe nichts gegen die Finanzverwaltung gesagt. Mit Frisieren meine er, dass beim nächsten Geschäft durchaus wieder die politische Diskussion aufgenommen werden könnte, wieviel zurückgestellt werden solle. Dies gehe nicht gegen die Finanzverwaltung, die arbeite seriös. Aber ob es im Parlament immer so seriös sei, bezweifle er.

Thomas Hanke gibt bekannt, ihn habe die Aussage von Urs Grütter über die starre 2%-Regelung, wonach man immer entweder zu viel oder zu wenig Geld hätte, ein wenig gestört. Wie man merke, kämpfe er für mehr Geld, um die Sanierungen der Liegenschaften, welche wirklich notwendig seien, durchführen zu können. Bei 2% könnte man immerhin beginnen, sich Gedanken zu machen, wo was gemacht werden sollte - eben mehr als bloss die notwendigen, üblichen Sanierungsarbeiten bei laufendem Mieterwechsel. Im Moment würden wir von unter 2% aufwärts fahren und hätten nicht zuviel auf der Seite. Der Gemeinderat mache sich jährlich Überlegungen, was er überhaupt machen könnte. Wer in einem Budgetprozess mithelfe, wisse, dass dies ein Streitkonzert erster Güte sei. Irgendwann sei der Substanzerhalt der Liegenschaften nicht mehr gewährleistet. Um dem Parlament die theoretische Angst zu nehmen, dass Mitwirkungsmöglichkeiten verloren gehen könnten, habe der Gemeinderat die fünfjährige Frist vorgesehen. Er empfehle deshalb dem Parlament, Art. 5 zu genehmigen und den Vorschlag der SVP abzulehnen.

Urs Grütter (SVP) führt aus, es steche ihn schon in die Nase, dass Thomas Hanke erst jetzt beginnen wolle, sich Gedanken zu machen. Ihre Version des Reglementes sei genau in diesem Punkt überlegen. Sie wollten nicht einfach x-Prozent einlegen, sondern wollen wissen, was gehe. Die Liste der Liegenschaften im Finanzvermögen umfasse acht Liegenschaften im engeren Sinne und etwa 15, inklusive die acht, im weiteren Sinne. Das sei kein Portefeuille, wo mit einer Pauschale der Unterhalt gemacht werden könne. Dazu bräuchte es 50 bis 100 Liegenschaften, was wir zum Glück nicht hätten, hätten wir doch sonst etwas falsch gemacht. Als Parlamentarier möchte er bei dieser geringen Anzahl Liegenschaften abgesichert sein, dass er und auch seine NachfolgerInnen sich überlegen könnten, ob in der Liegenschaft X diese

Sanierung vorzunehmen sei oder nicht. Wenn es um einen neuen Teppich gehe, handle es sich um eine geringe Angelegenheit, bei Gröberem sollte das Parlament mitreden können. Er denke dabei auch an die linke Ratsseite. Die Frage, ob eine Liegenschaft saniert werden solle, habe auch Auswirkungen auf den Mietzins. Wenn man beispielsweise Küchen nicht renovieren würde, hätte man unter Umständen günstigen Wohnraum belassen. Würden diese auf den hier gewohnten Topstandard saniert, gingen auch die Mietzinsen entsprechend hoch, womit die Gemeinde vielleicht ein anderes Problem hätte. Er sei nach wie vor überzeugt, dass der Abänderungsantrag der SVP dem ursprünglichen Antrag des Gemeinderates überlegen sei.

Beschluss zum Abänderungsantrag der SVP-Fraktion

Der Antrag der SVP-Fraktion, die Spezialfinanzierung jährlich durch im Budget einzusetzende Beträge zu äufnen (neuer Abs. 1 des Art. 2) und beim Art. 2 die bisherigen Absätze 1 und 2 zu streichen, wird mit 21:17 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Der Antrag des Gemeinderates zum Artikel 5 wird zurückgezogen. Zu den weiteren Artikeln werden keine Voten vorgetragen.

Beschluss (grossmehrheitlich)

Das Reglement betr. Spezialfinanzierung Werterhalt der Liegenschaften des Finanzvermögens wird unter Berücksichtigung der vorgenommenen Änderungen zu Art. 2 erlassen.

4 Investitions- und Finanzplan 2006 - 2011 Genehmigung des Voranschlages, des Gemeindesteueransatzes, der Liegenschaftssteuer, der Feuerwehrpflichtersatzabgabe und der Hundetaxe für das Jahr 2007

Urs Grütter erklärt als Sprecher der GPK die Funktion des Gremiums. Gemäss der Gemeindeordnung habe die GPK eine ganz bestimmte Stellung. Hier habe man sich bewusst in Erinnerung gerufen, dass die GPK die politische Diskussion nicht vorwegnehmen solle. Nach Gemeindeordnung Art. 41 "*überprüft die GPK die Aufgabenerfüllung des Gemeinderates und der Gemeindeverwaltung.*" Das Gremium sei also nicht ein Vor- oder Überparlament, sondern habe eigentlich eine Prüfung auf Rechtskonformität, Zweckmässigkeit und Verwaltungsökonomie vorzunehmen. Damit könne sich die GPK in der Regel eine Budgetprüfung relativ einfach machen. Es gehe nämlich darum, ob sie zur Überzeugung komme, das vorgelegte Budget mit Finanzplan, Investitionsplan etc. entspreche dem anwendbaren Recht. Die im Neuen Rechnungsmodell vorgeschriebenen formalen Anforderungen seien eingehalten. Wer wem wieviel gebe sei eben nicht Thema der GPK. Sie könnte höchstens intervenieren, wenn sie den Eindruck hätte, die ganze Finanzpolitik lasse die Gemeinde in die Krise schlittern, was die GPK klar nicht das Gefühl habe.

Die GPK habe in diesem Fall jedoch ein Problem bekommen. Es sei dies die Tatsache, dass am 25. April 2006 eine Motion der FDP eingereicht und am 20. Juni 2006 von diesem Rat überwiesen worden sei. Diese Motion habe bei einer Steueranlage von 0.99 einen ausgeglichenen Voranschlag und plafonierte Investitionen gefordert. Es sei ja relativ einfach. Wenn man das Budget an dieser Motion messe, könne man eigentlich sagen, dass die Motion ganz klar nicht eingehalten sei. Die Differenz betrage CHF 425'000.00 und die GPK habe eine längere Diskussion darüber geführt, ob dieser Aufwandüberschuss substanziell genug sei, um zu beantragen, das Budget wegen dieses Fehlbetrag nicht genehmigen zu können. Die Diskussion habe man sich nicht einfach gemacht, sie habe auch zu einer der längeren Sitzungen der letzten Jahre geführt. An sich seien CHF 425'000.00 substanziell. Andererseits sei es im

Verhältnis zum gesamten Steueraufkommen wirklich nicht viel. Auf der dritten Seite, im Verhältnis zum Spielraum, welcher die Gemeinde habe, sei er wiederum relativ erheblich. Die GPK habe sich in der Abstimmung mehrheitlich dafür ausgesprochen, dem Rat zu empfehlen, das vom Gemeinderat vorgelegte Budget zu genehmigen.

Hans-Rudolf Saxer teilt als gemeinderätlicher Sprecher mit, die Erstellung des Voranschlages 2007 sei unter einem brutalen Druck des Kantons gestanden, welcher der Gemeinde Muri sowie in abgeschwächter Form auch anderen Gemeinden sehr namhafte Lasten auferlegt habe. In der sehr kurzen Zeitspanne von zwei Jahren, zwischen der Jahresrechnung 2005 sowie dem Voranschlag 2007, habe der Kanton der Gemeinde zusätzliche Lasten von CHF 4,1 Mio. auferlegt. CHF 3,3 Mio. davon resultierten aus dem Filag und CHF 0,8 Mio. aus den verschiedenen Lastenverteilern. Unter Ausklammerung von Sonderpositionen habe die Jahresrechnung 2005 bekanntlich praktisch auf 0 abgeschlossen. Wenn wir von dieser Ausgangslage ausgehen, sei der Gemeinderat vor der sehr schwierigen Aufgabe gestanden, die zuvor erwähnten CHF 4,1 Mio. auf eine möglichst intelligente Art und Weise zu kompensieren. Der Voranschlag 2007 schliesse bekanntlich mit einem Defizit von CHF 425'000.00 ab. Setze man diesen Betrag in Relation zu den CHF 4,1 Mio., könne mit einer Genugtuung festgestellt werden, dass der Gemeinderat über 90% der zusätzlichen Lasten aus eigener Kraft kompensieren könne. Dieser Wert wäre mit 96% noch wesentlich besser, wenn noch die vorher angesprochenen CHF 250'000.00, welche neu zusätzlich in die Spezialfinanzierung Werterhalt für die Liegenschaften des Finanzvermögens eingelegt worden seien, in die Überlegungen miteinbezogen würden. Diese sehr namhafte Korrektur sei nur möglich gewesen, indem man bei den Investitionen erneut sehr zurückhaltend gehandelt und auch beim Sachaufwand etwas erreicht habe, was bisher noch nie erreicht worden sei. So habe der Sachaufwand bei einer realen Betrachtungsweise gegenüber dem Jahr 2005 um mehrere Prozente reduziert werden können. Dies trotz der Tatsache, dass es auch im Sachaufwand verschiedene Posten gebe, welche kontinuierlich steigen würden, wie beispielsweise Treibstoffkosten oder gewisse Gebühren. Im Übrigen weise er auf die detaillierten Erläuterungen in der Botschaft des Gemeinderates hin. Damit halte er in aller Form fest, dass der Gemeinderat seine Hausaufgaben gemacht habe. Er sei insbesondere - das wolle er unterstreichen - nicht der Versuchung erliegen, mit den Steuereinnahmen eine allzu optimistische Betrachtungsweise anzustreben, indem das Steuervolumen, welches wir einnehmen würden, um die relevanten CHF 425'000.00 - im gesamten Steuervolumen ein relativ kleiner Betrag - korrigiert worden wäre. Die gemeinderätliche Budgetierungsphilosophie der Steuereinnahmen sei die, dass der Gemeinderat nach bestem Wissen und Gewissen aufgrund der letzten verfügbaren Daten budgetiere mit dem Ziel, dass die im Budget eingestellten Beträge oben auf dem Grat wandern würden, das heisse, die Wahrscheinlichkeit, mehr oder weniger Steuereinnahmen zu erzielen, liege bei 50:50%. Das sei auch der richtige Ansatz.

Es sei zuvor erwähnt worden, die Zielsetzungen der im Juni überwiesenen FDP/JF-Motion seien nicht erfüllt worden. Man müsse hier eine differenzierte Betrachtungsweise anwenden. Die Motion habe drei Zielsetzungen. Die erste fordere, die Investitionen für das Jahr 2007 entsprechend dem Finanzplan 2005 - 2010 zu plafonieren. Das habe einen Wert von CHF 3,38 Mio. ergeben, welcher dem Gemeinderat als Limite gesetzt worden sei. Dem Investitionsplan könne entnommen werden, dass der gesamthaft vorgesehene Investitionswert bei CHF 3,25 Mio. liege. Somit sei der erste Punkt der Motion zu 100% erfüllt. Die zweite Vorgabe sei, einen Voranschlag mit einer Steueranlage von 0.99 vorzulegen. Auch hier sei die Motion zu 100% erfüllt. Die dritte Zielsetzung verlange, ein unter diesen Rahmenbedingungen ausgeglichenes Budget vorzulegen. Die zusätzlichen Belastungen des Kantons seien, wie bereits angesprochen, je nach Betrachtungsweise zu 90 beziehungsweise 96% erfüllt. Er könne auch noch eine andere Rechnung anstellen. Pro Jahr habe die Gemeinde Muri bei Bern einen Aufwand von rund CHF 62,8 Mio. Werde dieser Betrag in Relation zu den CHF 0,4 Mio. gesetzt, ergebe dies eine Abweichung von 0,7%. Man sei somit definitiv

im Streubereich der Budgetgenauigkeit und könne deshalb ohne zu übertreiben sagen, dass auch diese Zielsetzung - zwar nicht zu 100%, jedoch weitestgehend - erfüllt sei. Es sei in diesem Zusammenhang auch festzuhalten, dass der Voranschlag 2007 sämtliche finanzpolitischen Eckwerte, welche seit verschiedensten Jahren verfolgt würden, mit namhaften Reserven einhalte. Vor diesem Hintergrund wäre ein Nichteintreten oder eine allfällige Rückweisung dieses Budgets nicht sachgerecht und völlig unverhältnismässig. Eine allfällige Rückweisung hätte insbesondere zur Konsequenz, dass die Gemeinde Muri bei Bern am 1. Januar 2007 über kein genehmigtes Budget verfügen würde, was doch mehr als nur eine unschöne Situation wäre. Zusammenfassend beantrage er im Namen des Gemeinderates, auf die Geschäfte Voranschlag 2007, Finanzplan 2006 - 2011 und Investitionsplan 2006 - 2011 einzutreten und die Anträge des Gemeinderates vollumfänglich gutzuheissen.

Urs Grütter bestreitet im Namen der SVP-Fraktion ein Eintreten. Ihrer Meinung nach hätten die CHF 425'000.00 eingespart werden müssen. Wäre dies der Fall gewesen, hätten sie das Budget verabschiedet. Er wolle einfach nochmals betonen, dass sie davon ausgingen, dass die Gemeinde - auch bei den Einnahmen - seriös budgetiere. Es wäre schockierend gewesen, wenn man herausgefunden hätte, dass dem nicht so gewesen wäre. Er sei froh, dass die Gemeinde dieses Risiko nicht eingegangen sei. Das sei mit ein Grund, dass er, auch aufgrund seiner Erfahrung aus der achtjährigen Tätigkeit in der Finanzkommission, zuvor gesagt habe, nach seiner Kenntnis würden keinerlei Schraubereien am Budget stattfinden. Deshalb müssten, um ein ausgeglichenes Budget zu erzielen, die CHF 425'000.00 gespart werden. Wenn dies der Fall sei, trete die SVP-Fraktion darauf ein.

Hannes Treier gibt namens der FDP-Fraktion bekannt, erst eine Behandlung im Rat erlaube eine Meinungsbildung, vielleicht sogar ein Wettbewerb der besten Ideen, weshalb sie für ein Eintreten seien.

Verena Bettler Suter erklärt, die SP-Fraktion wolle sich die Chance eigentlich auch nicht nehmen lassen, mit der Fraktionserklärung ihre Ansicht noch detaillierter darzulegen und bestreite aus diesem Grund das Eintreten nicht.

Beschluss (grossmehrheitlich)

Der Nichteintretensantrag der SVP-Fraktion wird abgelehnt und somit Eintreten auf das Geschäft beschlossen.

Der Vorsitzende erklärt das weitere Vorgehen. Zuerst ginge es um die Fraktionserklärungen, anschliessend um die Detailberatung des Investitionsplanes 2006 - 2011 und um den Voranschlag 2007. Danach nähme das Parlament vom Finanzplan 2006 - 2011 Kenntnis. Anträge würden während der Detailberatung zum Investitionsplan und zum Voranschlag sofort behandelt. Er bitte den Rat, Anträge als solche zu deklarieren. Über einen allfälligen Rückweisungsantrag würde am Schluss der Detailberatung und vor der Schlussabstimmung abgestimmt.

Zu diesem Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Beat Marti führt namens des Forums aus, wie bekannt habe das Parlament an seiner Juni-Sitzung, entgegen dem Antrag des Gemeinderates und der Haltung des Forums, einer Motion der FDP unter dem Titel "Gesunde Finanzen" zugestimmt. Damit solle offensichtlich eine parlamentarische Diskussion zur Investitions- und Finanzplanung 2006 - 2011 verhindert werden. Die zunehmend schwierige finanzielle Situation unserer Gemeinde veranlasse das Forum zu den vorgebrachten Anträgen wie folgt Stellung zu nehmen.

Zum Investitionsplan 2006 - 2011 könne er mitteilen, das Forum begrüsse das im Investitionsplan zur Anwendung gelangte Priorisierungssystem, könne jedoch nicht

alle Planergebnisse akzeptieren. Eine mittel- und langfristige Plafonierung der Investitionen im Bereich zwischen maximal CHF 3 und 4 Mio. pro Jahr sei nicht wirklich realistisch. Es bestehe so kein Spielraum für zusätzliche Investitionen - verschiedene Vorhaben seien ja bereits heute nur noch als pro Memoria aufgeführt. Ebenso würden die mit der neuen Liegenschaftsbewirtschaftung absehbaren Desinvestitionen die Substanz unserer Gemeinde noch zusätzlich schmälern. Die Entwicklung unserer Gemeinde werde damit ernsthaft in Frage gestellt. Das Forum sei um die Lebensqualität für die nächsten Generationen besorgt und müsse deshalb dem vorgelegten Investitionsplan eigentlich ablehnend gegenüber stehen. Da jedoch zu befürchten sei, dass bei einer Ablehnung noch weitere Investitionen heruntergefahren werden könnten, stimmten sie diesem Investitionsplan zähneknirschend zu. Den Finanzplan nähmen sie zur Kenntnis. Wie jedoch sicherlich allen Anwesenden klar geworden sei, könne die Aufrechterhaltung des Steuerfusses in den kommenden Jahren nicht mehr in Betracht gezogen werden. Den Besoldungsanpassungen für das Jahr 2007 stimmten sie zu. Der Voranschlag 2007 präsentiere sich unter Aufrechnung der Spezialfinanzierung Werterhaltung Liegenschaften des Finanzvermögens, ausmachend CHF 250'000.00, mit einem Aufwandüberschuss von CHF 175'000.00 als ausgeglichen. Rechne man jedoch konsequenterweise auch die Auflösung der Rückstellungen für Losverkäufe, Friedhofunterhaltsbeiträge, Grabbepflanzungen auf - total immerhin CHF 1,95 Mio. - entstehe ein Aufwandüberschuss in der Höhe von CHF 2,125 Mio., womit das wirtschaftliche Ergebnis keinesfalls mehr ausgeglichen sei. Ein ganz ähnliches Bild zeige sich für die Rechnungsabschlüsse der Vorjahre, wo nur dank Auflösungen von Rückstellungen und Desinvestitionen im Umfang von mehr als CHF 10 Mio. keine grösseren Defizite zu verzeichnen gewesen seien. Konkret bedeute dies ein kontinuierlicher Substanzabbau und es scheine, dass mit der neuen Liegenschaftsbewirtschaftung auch inskünftig negative Ergebnisse mit Desinvestitionen kompensiert werden sollten. Dazu komme, dass ab 2008 aufgrund von kantonalen Beschlüssen mit weiteren Aufwandüberschüssen zwischen CHF 3,8 Mio. und CHF 5,9 Mio. zu rechnen sei. Aufgrund dieser negativen finanziellen Entwicklung erachte es das Forum als unverantwortlich, im Jahr 2007 weiterhin mit einem unveränderten Steuerfuss von 0.99 zu operieren. Das Forum lehne grundsätzlich den Voranschlag fürs Jahr 2007 ab. Aufgrund der befürchteten Aufwandkürzungen bei einer Ablehnung stimmten sie diesem Budget in der Hoffnung, die finanzielle Situation sei allen Parlamentarierinnen und Parlamentariern klar geworden und, dass auf das sture Beharren auf eine Steueranlage von 0.99 in Zukunft verzichtet werde, zu. Das Forum sei überzeugt, dass eigentlich bereits im Jahr 2007 eine Erhöhung des Steuerfusses unumgänglich wäre, damit zukünftigen Generationen kein Finanzdebakel in die Wiege gelegt werde. Aus diesen Gründen, und um nicht noch mehr sparen zu müssen, stimmten sie dem Budget widerstrebend zu.

Hannes Treier führt namens der FDP/JF-Fraktion aus, sie hätten die vorliegenden Unterlagen eingehend besprochen. Wie in der GPK, und sicherlich auch in anderen Fraktionen, sei auch bei ihnen die Diskussion geführt worden, ob das Budget aufgrund des Aufwandüberschusses von CHF 425'000.00 in Verbindung mit der FDP/JF-Motion als ausgeglichen taxiert werden könne oder eben nicht. Der Gemeinderat erachte ein solches Defizit als klar im Streubereich der Budgetgenauigkeit, sozusagen als eine streuende Null. Bei der Beurteilung hätten sie positiv zur Kenntnis genommen, dass bei den Ausgaben bereits CHF 250'000.00 zur Äufnung der Spezialfinanzierung des Unterhaltes der Liegenschaften eingerechnet worden seien. Zudem seien gemäss den Ausführungen die Steuereinnahmen - einmal mehr - konservativ berechnet worden. Die Alternative zur Genehmigung des Antrages wäre die Rückweisung des Geschäftes an den Gemeinderat zur Überarbeitung mit dem klaren Auftrag, ein ausgeglichenes Budget ohne Streuzone auszuarbeiten. Dies ganz klar ohne Antastung des Steuerfusses. Insbesondere unter Berücksichtigung der beiden Sachverhalte "Spezialfinanzierung" und "konservative Kalkulation der Einnahmen" habe die FDP/JF-Fraktion entschieden, das Geschäft gemäss dem Antrag des Gemeinderates gutzuheissen. Die Wirtschaft laufe zurzeit ausgezeichnet, gerade heute seien die

Wirtschaftszahlen der KMU's in der Schweiz publiziert. Die FDP/JF-Fraktion gehe davon aus, dass dies auch einen positiven Einfluss auf die Steuereinnahmen im nächsten Jahr haben werde. Sie nähmen zur Kenntnis, dass die nächstjährige Diskussion über die Aufwendungen und den Steuerfuss für das Jahr 2008 keine einfache sein werde. Für das Jahr 2007 würden sie den vom Gemeinderat vorgeschlagenen Weg als akzeptabel erachten. Eine ganz schwarze Null wäre eine hundertprozentige Auftragserfüllung gewesen, eine Rückweisung käme jedoch einer Strafaktion für den Gemeinderat und die Verwaltung gleich, was die FDP-Fraktion als unverhältnismässig erachten würde. Ohne Budget in ein Geschäftsjahr zu steigen, sei für alle Betroffenen unangenehm, führe zu viel Leerlauf und fördere das professionelle Image nicht, welches für die Politik und Verwaltung sicherlich mehrheitlich angestrebt werde. Sie würden dem Antrag des Gemeinderates folgen.

Verena Bettler Suter bedankt sich namens der SP-Fraktion bei der Verwaltung für die geleisteten Vorarbeiten. Die SP-Fraktion stelle den Antrag, sowohl den Investitionsplan 2006 - 2011, den Finanzplan 2006 - 2011 als auch den Voranschlag 2007 zurückzuweisen. Sie hätten eine Begründung dafür und wollten den Gemeinderat oder die Verwaltung nicht bestrafen. Die SP-Fraktion sei nicht mehr bereit, eine Finanzpolitik, welche auf den vorstehend genannten Unterlagen beruhe, mittragen zu können und mittragen zu wollen. Eine Finanzpolitik, die nur eines zum Ziel habe, nämlich die heilige Kuh in Muri, den Steuersatz - koste es, was es wolle - auf 0.99 Einheiten zu belassen. Eine solche Finanzpolitik sei kurzsichtig, verantwortungslos und nicht akzeptabel. Aus ihrer Sicht hätten sie insbesondere die folgenden Gründe dazu bewogen, den Rückweisungsantrag zu stellen:

1. Der vorliegende Investitionsplan sei schlicht und einfach unseriös und schönfärberisch. Weshalb sonst könnten ausgerechnet A-Positionen mit Pro Memoria aufgeführt sein, wie zum Beispiel "Bauliche Massnahmen Kindergärten" mit der Priorisierung A4, welche heisse: unumgängliche Ersatz- oder Erneuerungsinvestitionen. Doch nur, um am Schluss ein schönfärberisches Resultat darstellen zu können.
2. Die SP-Fraktion kritisiere seit Jahren die jährlich stetig steigende Verschuldung. Sie lehnten eine Mehrverschuldung ganz klar ab.
3. Eine weitere Sparhysterie beim Sachaufwand könne nicht der Weg zum erfolgreichen Ziel sein, sondern:
4. Um ein ausgeglichenes, zukunftsorientiertes Budget erstellen zu können, müsse die Korrektur auf der Einnahmenseite erfolgen.
5. Die logische Konsequenz dieses erneuten Durchstierens der Steueranlage von 0.99 werde im Jahr 2008 eine massive Steuererhöhung zur Folge haben. Obwohl man das bereits heute mit einer intelligenten, verantwortungsvollen und vorausschauenden Planung etwas dämpfen könnte.

Sie würden dem Gemeinderat attestieren, dass er aus seiner Sicht das Beste herausgeholt habe, was herauszuholen gewesen sei. Trotzdem könnten sie ihn nicht ganz aus der Kritik entlassen. Warum habe er an der Juni-Sitzung 2006 nicht klarer Position bezogen, um diese unsinnige Motion zu bekämpfen? Mit einer deutlichen bürgerlichen Mehrheit sei die Motion überwiesen worden, wodurch der Gemeinderat vor nahezu unlösbare Probleme gestellt worden sei. Das Resultat dieser Übung liege nun vor und werde von der SP-Fraktion ganz klar zurückgewiesen. Sie wünschten sich, der Gemeinderat beweise künftig mehr Rückgrat und setze sich für eine verantwortungsvolle und vertretbare Finanzpolitik ein. Sie danke dem Gemeindepräsidenten, Hans-Rudolf Saxer, dass er sich in den letzten Tagen und Wochen - doch zumindest gegenüber der Presse - klar zur Thematik "Steueransatz" geäußert habe. Die FDP/JF-Fraktion habe mit ihrer Motion, zusammen mit der bürgerlichen Mehrheit, eine Situation geschaffen, welche es der Gemeinde Muri bei Bern verunmögliche, eine vorausschauende, intelligente und verantwortungsbewusste Finanzpolitik zu gestalten. Genau diese rechte Ratsmehrheit trage jetzt die Verantwortung für eine nochmals steigende Mehrverschuldung, für eine ideologisch gefärbte, kurzsichtige Finanzpolitik, welche für die künftigen Generationen nur eine Hypothek darstelle und

für einen magersüchtigen sowie zusammengeschrumpften Investitionsplan, der nur noch das beinhalte, was unter keinen Umständen zu vermeiden oder gesetzlich notwendig sei. Man brauche keine/n Prophet/in zu sein, um die Konsequenzen dieser unsäglichen Finanzpolitik zu erahnen. Eine happige Steuererhöhung, spätestens vermutlich im Jahre 2008, werde die Folge sein. Aber was sei anderes zu erwarten gewesen? Bereits in der letztjährigen Steuerdebatte habe sich die SVP-Fraktion dahingehend geäußert, es bringe nichts, "z'apothekerle", wenn schon, dann müsste rigoros am Steuersatz geschraubt werden. Wenn der Rat unbedingt dieses Szenario wolle, müsse er dem Investitions- und Finanzplan 2006 - 2011 sowie dem Voranschlag 2007 zustimmen. Die SP-Fraktion könne und wolle diese Finanzpolitik nicht mehr mittragen, sie überliessen es der bürgerlichen Mehrheit, diesen Weg zu beschreiten. Deshalb würden sie diese Vorlagen vollumfänglich zurückweisen.

Urs Grütter führt namens der SVP-Fraktion aus, es träfen hier in aller Schärfe politische Standpunkte aufeinander. Er wolle diese Vorwürfe der linken Seite nicht im Detail versuchen zu widerlegen, das wäre eine Sisyphusarbeit. Aber für die SVP-Fraktion sei klar gewesen, dass es noch Sparmöglichkeiten gebe und diese entsprechend der Leitplanken, welche die Motion gesetzt habe, auszuschöpfen seien. Es habe nichts mit Zwängerei, sondern vielmehr mit dem der Gemeinde zur Verfügung stehenden Spielraum zu tun. Sie seien der Meinung, die CHF 425'000.00 mögten zwar auf den Gesamtumsatz betrachtet als relativ klein aussehen, aber in einem Budget mit einem Streubereich habe man diesen in der Regel vom Budgetwert gegen oben und unten, was heute der Gemeindepräsident mit der Aussage, dass "*man bei den Einnahmen nicht versucht habe, die ganze Sache zurechtzubiegen*" auch bestätigt habe. Dafür sei er sehr dankbar, das sei eben auch der richtige Weg. Die Gemeinde dürfe nicht von Jahr zu Jahr die Budgetgrundsätze bei den Einnahmen ändern, nur damit am Schluss die richtige Zahl herauskomme. Um ein verlässliches Budget zu haben - was in letzter Zeit einigermaßen der Fall gewesen sei - müsse die Gemeinde die Budgetgrundsätze bei den Einnahmen über Jahre konstant halten. Er danke dem Gemeinderat, dass er nicht irgendwelchen Versuchungen erlegen sei, hier etwas zu verschönern. In dieser engen Situation, worin sich die Gemeinde befände, sei nach Meinung der SVP-Fraktion ein weiteres Sparen unabdingbar, deshalb fänden sie es keine Zwängerei oder Bestrafungsaktion gegenüber dem Gemeinderat, sondern schlicht und ergreifend nötig, dass solche Vorgaben eingehalten und umgesetzt sowie die CHF 425'000.00 eingespart würden.

Detailberatung Investitionsplan 2006 - 2011

217 Schulliegenschaften (Bildung)

Urs Grütter weist namens der SVP-Fraktion auf den noch pendenten Vorstoss von Rolf Friedli betr. Schulraumplanung hin. Ihnen sei ungefähr für das Jahr 2010 versprochen worden, dass diese Schulraumplanung an die Hand genommen würde. Sie sähen nun jedoch zusätzlich in den Jahren 2009, 2010 und 2011 erneute Sanierungsauslagen im Investitionsplan für die Schulhäuser und fänden es nicht ganz richtig, dort substanzielle Beträge einzusetzen, bevor man überhaupt wisse, wie diese Schulraumplanung aussehen werde. Heute wisse man einfach soviel, dass in etwa ein Schulhaus zuviel existiere. Daher sollte dieses nicht noch saniert und die Beträge im Investitionsplan eingestellt werden. Sie würden also mindestens erwarten, dass hier eine genauere Überprüfung stattfindet.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob dies als Antrag zu verstehen sei.

Dies sei im Moment nicht als Antrag zu verstehen, weil man in den Jahren 2007 und 2008 keine kritischen Positionen habe, erwidert Urs Grütter. Die SVP-Fraktion werde jedoch ein Auge darauf haben, ob dies im nächsten Finanzplan einfach weiterge-

rutscht sei, oder ob genauere Begründungen oder allenfalls Kürzungen enthalten seien.

Hans-Rudolf Saxer erklärt die Überlegungen des Gemeinderates. Es bestehe ja bekanntlich eine dritte Etappe Sanierung Schulanlagen. Weil sie wüssten - wie dies Urs Grütter richtig gesagt habe - dass die Gemeinde Muri bei Bern heute aufgrund rückgängiger Schülerzahlen zu viel Schulraum habe, sei der Kindergarten- und Schulkommission der Auftrag erteilt worden, bis Mitte nächstes Jahr eine präzise Schul- und Kindergartenraumplanung zu erarbeiten, damit der Gemeinderat dann entscheiden könne, in welchen Gebäuden die Gemeinde Muri bei Bern inskünftig ihre Leistungen im Bildungsbereich abdecken wolle. In Kenntnis davon könnten auch konkrete Projekte erarbeitet und dem Grossen Gemeinderat unterbreitet werden. Es sei richtig, dass der Gemeinderat heute noch nicht wisse, wann genau die Mittel wohin fliessen werden. Unabhängig davon sei es aus Sicht des Gemeinderates völlig klar, dass mindestens ein Betrag von CHF 3 Mio. eingesetzt werden müsse, deshalb sei ab dem Jahr 2009 als vorläufige Massnahme jeweils CHF 1 Mio. vorgesehen. An diesem sehr runden Betrag sehe man auch bereits, dass es ein Platzhalter - wenn er dem so sagen dürfe - sei. Eine Streichung dieser CHF 3 Mio. hätte zur Folge, dass im Investitionsplan in den Jahren 2010 und 2011 ein Investitionsvolumen von CHF 1,5 Mio. resultierte, was ein völlig unrealistisches Bild abwerfen würde. Um eben nicht einen Investitionsplan vorzulegen, welcher schöngefärbt sei - wie es dem Gemeinderat zuvor vorgeworfen worden sei - habe man hier je CHF 1 Mio. aufgenommen.

620 Strassenverkehr (Verkehr)

Lee Streit (Forum) führt aus, im letztjährigen Investitionsplan sei unter 04 das Projekt "Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof Gümligen / Unterführung SBB" enthalten gewesen, wo für das Jahr 2007 CHF 100'000.00 und für das Jahr 2008 CHF 1 Mio. eingesetzt gewesen seien. Im aktuellen Investitionsplan fehle dieser Posten mitsamt seinen Summen. Sie wisse zwar, dass die Verbreiterung der Unterführung, wofür sicherlich ein grosser Teil dieses damals vorgesehenen Geldes bestimmt gewesen sei, nicht komme. Noch hängig sei hingegen die Erfüllung der Motion, wonach der Bahnhof Gümligen behindertengerecht zugänglich gemacht werden solle. Verhandlungen mit den SBB - vielleicht sei es auch die BLS - liefen und es sei bereits ausgesprochen worden, dass ein Glaslift geplant sei. Die Verhandlungen betreffend die Finanzierung seien noch im Gange. Sicher sei hingegen, dass noch keine Zahlen existierten, weswegen das Projekt nicht im Investitionsplan aufgenommen sei. Ihr Antrag sei nun, dass dieses Projekt nicht vergessen ginge, sondern dass der Bahnhof Gümligen weiterhin als pro Memoria - auch wenn es nicht schön töne - im Investitionsplan erscheine.

Hans-Rudolf Saxer erklärt, einer Aufnahme als pro Memoria stehe nichts im Wege. Man verfüge tatsächlich noch über keine Zahlen, der Zeithorizont sei auch noch nicht klar. Weil dieses Projekt zu einem grossen Teil fremdbestimmt sei, sei der Gemeinderat gestützt auf frühere Erfahrungen nicht bereit, hier irgendeine Zahl aufzunehmen. Da sich ohne die SBB rein gar nichts machen liesse, müsse eine gewisse Sicherheit bezüglich Höhe und Zeitrahmen vorhanden sein. Es sei in keiner Art und Weise die Absicht des Gemeinderates, dass dieses Vorhaben verloren ginge.

Der Vorsitzende liest den Antrag von Lee Streit vor. Im Investitionsplan sei die Position "Bahnhof Gümligen; Behindertengerechter Zugang" (B2) als Pro Memoria aufzunehmen.

Beschluss (grossmehrheitlich)

Dem Antrag von Lee Streit wird zugestimmt.

Urs Grütter (SVP) führt aus, man habe sich vor einigen Jahren über die Höhe der in die Strassen zu investierenden Beträge unterhalten und sei damals auf CHF 650'000.00 heruntergefahren. Damals habe man gesagt, die Realisierung des Verkehrsrichtplanes sei darin enthalten. Man sehe nun in den Jahren 2007 bis 2011, dass in dieser Gruppe - er rede von der Seite 10 "Zusammenfassung Strassenverkehr" - einerseits der Verkehrsrichtplan mit jährlich ungefähr CHF 500'000.00 und zusätzlich dazu noch der Strassenunterhalt im Bereich von CHF 500'000.00 vorgesehen sei. Das sei ihrer Ansicht nach zuviel. Er stelle den Antrag, die Position 01 "Realisierung Verkehrsrichtplan" in den Jahren 2007 - 2011 jährlich auf CHF 100'000.00 herunterzusetzen und inskünftig vermehrt zu versuchen, das, was aus dieser Realisierung gemacht werden solle, mit der Position 03 "Strassenunterhalt" zu kombinieren.

Hans-Rudolf Saxer bittet die Ratsmitglieder, diesen Antrag abzulehnen. Wie bereits erwähnt, habe der Gemeinderat mit der im Juni überwiesenen Motion eine klare Vorgabe des Grossen Gemeinderats gehabt, in welcher Höhe der Investitionsplan für das Jahr 2007 unterbreitet werden solle. Der Gemeinderat habe sich an diese Vorgabe gehalten. Wenn nun das Begehren komme, im Jahr 2007 müssten CHF 400'000.00 für die Realisierung des Verkehrsrichtplanes gespart werden, müsse er dieses Vorgehen als eine Änderung der dem Gemeinderat gesetzten Spielregeln deklarieren. Daher sei es natürlich für die Verwaltung und den Gemeinderat relativ frustrierend, wenn sie sich an die gestellten Vorgaben hielten und dann im Jahre 2007 doch eine Streichung im namhaften Umfang von CHF 400'000.00 erfolgen würde. Eine Streichung wäre nur dann zulässig, wenn einzelne spezifische Projekte nicht realisiert werden sollten. Er stelle fest, dass dies im Jahre 2007 das Geschäft "Kreisel Sonnenfeld", die Tempo-Zonen 30 sowie die Nussbaumallee betreffen würden. Bei diesen drei Geschäften handle es sich nicht um ein Wunschkonzert des Gemeinderates, sondern er sei jeweils mittels einem parlamentarischen Vorstoss beauftragt worden, entsprechende Projekte auszuarbeiten. Beim Kreisel Sonnenfeld sei es das Postulat Matyassy, bei den Tempo Zonen 30 die Motion Meister und bei der Nussbaumallee das Postulat Ziberi. Es könne zwar jederzeit über alte Beschlüsse diskutiert werden. Eine kurzfristige Streichung wäre jedoch für den Gemeinderat, nachdem er diese Geschäfte seriös vorbereitet habe, eine sehr mühsame Übung. Er bitte den Rat deshalb, diese Kürzungsanträge abzulehnen. Was den Rahmenkredit (03 "Strassenunterhalt") von CHF 500'000.00 betreffe, sei es so, dass dieser jeweils an der Januar-Sitzung dem Grossen Gemeinderat mit den konkreten Vorhaben unterbreitet werde. Über die entsprechenden Rahmenkredite könnte zu diesem Zeitpunkt allenfalls noch diskutiert werden. Aber hier diese drei im Auftrag des Grossen Gemeinderates geplanten Vorhaben zu streichen, würde den Gemeinderat nachhaltig stören.

Pia Aeschimann (Forum) führt aus, zuvor sei ihnen vorgeworfen worden, sie würden der Verwaltung unseriöse Arbeit attestieren, jetzt mache dies die Gegenseite. Die Forum-Fraktion lehne diesen Antrag ab. Es geschehe nämlich genau das, was im Grossen Gemeinderat in Münchenbuchsee passiert sei, indem an Sachen geschraubt werde, wovon man keine Ahnung hätte. Die Konsequenzen seien nun aufgelistet worden. Da hätten Leute in aufwändiger Arbeit Projekte ausgearbeitet und jetzt wolle man frisch von der Leber weg hinunterschrauben. Damit seien sie nicht einverstanden.

Marc Loosli (SVP) erklärt, das heute Abend Diskutierte hänge damit zusammen, wie sie in den letzten acht Jahren in diesem Parlament gearbeitet hätten. Diese Zahlen seien ja nichts Neues. Jedermann habe diese Entwicklung beobachten können und einige hätten wahrscheinlich auf ein Wunder gehofft. Jetzt, wo es plötzlich eng werde, merke man, dass Überlegungen angestellt werden müssten, welche Priorität die oberste sei und welche nicht. Ob ein Sonnenfeld-Kreisel unbedingt gebaut werden müsse, darüber könne vermutlich schon diskutiert werden. Der Vorschlag von Urs Grütter ziele natürlich dorthin, längerfristig zu analysieren, wo allenfalls noch Hand-

lungsspielraum bestehe. Der Verkehrsrichtplan sei zu einer Zeit erarbeitet worden, wo die Gemeinde die finanziellen Mittel offensichtlich gehabt habe, was nun in dieser Form nicht mehr der Fall sei. Wir hätten ganz sicher in den letzten Jahren überproportional viel Geld in unseren Verkehr gesteckt und würden weiterhin enorme Summen investieren, welche nicht in jedem Falle eine Verbesserung der Verkehrssicherheit zur Folge haben würden. Er habe den Eindruck, es sollte hier und jetzt versucht werden, ein Zeichen zu setzen und zu schauen, was in diesem Bereich noch eingespart werden könnte.

Verena Bettler Suter (SP) erwidert, sie glaube auch nicht an Wunder, sie habe sich zuvor unmissverständlich genug ausgedrückt. Was sie erstaune, sei die Tatsache, wie die andere Seite nun "Apothekerle", was die SP-Fraktion klar ablehnen würde. Entweder hätten sie nun - wie es vorhin Pia Aeschmann gesagt habe - das Vertrauen und nähmen das so zur Kenntnis oder wiesen es zurück. Jetzt beginne man zu "Apothekerlen", was nicht in ihrem Sinne sei.

Beschluss (grossmehrheitlich)

Der Antrag Grütter, in der Position 01 "Realisierung Verkehrsrichtplan" insgesamt statt CHF 2'600.000.00 neu CHF 650'000.00 aufzunehmen, wird abgelehnt.

Zum Investitionsplan werden keine weiteren Begehren gestellt.

Detailberatung Voranschlag 2007

440.365.20 Beitrag an Verein Spitex-Dienste Muri-Gümligen

Urs Grütter weist darauf hin, der SVP-Fraktion sei aufgefallen, dass im Voranschlag 2006 CHF 584'300.00 und im Voranschlag 2007 CHF 686'700.00 enthalten seien, was eine Differenz von über CHF 100'000.00 ergebe. In unserer Gemeinde gäbe es auch noch einen anderen entsprechenden Dienst, welcher keinen Franken erhalte. Sie hätten sich schon gefragt, woraus diese Differenz von CHF 100'000.00 resultiere und zur Antwort bekommen, im Aufwand der Spitex sei eine harmonisierte Abschreibung von 10% auf einer Liegenschaft enthalten. Die Gemeinde halte dem Verein somit jährlich rund CHF 80'000.00 Eigenkapital zu, was nicht die Aufgabe der Gemeinde sei. Die Spitex könne ihre Aufgaben vollumfänglich wahrnehmen, ohne dass ihnen Eigenkapital in dieser Form zur Verfügung gestellt werde. Die Aussicht darauf, dass das je zurückkommen sollte, bestehe hier ihrer Ansicht nach nicht. Es sei auch so, dass ein Verein wie die Spitex an sich eine getrennte Rechtspersönlichkeit sei, wo das dorthin transferierte Vermögen liegen bleibe. Das sollte näher überprüft werden. Er beantrage, diesen Posten um den Betrag, welcher diesen Abschreibungen entspreche, zu reduzieren.

Hans-Rudolf Saxer orientiert, die Frage, ob die Abschreibungen - es handle sich um die Wohnungen, welche die Spitex im Lidopark erworben habe - in die jährliche Rechnung aufgenommen und daher dem Lastenverteiler zugeführt werden sollten, sei in der GPK angesprochen worden. Man habe sich von der Verwaltung her dahingehend klar geäußert, dass die Frage, ob eine solche Verbuchung sinnvoll und zulässig sei, mit der externen Revisionsstelle, dem ROD, vertieft diskutiert werden sollte. Es handle sich hierbei um eine neue Situation. Früher hätten sie an der Thunstrasse 76 ein Mietobjekt gehabt. Die entsprechenden Aufwendungen seien selbstverständlich in den Aufwand geflossen. Der GPK sei zugesichert worden, dass dies abgeklärt werde. Der ROD sei nicht nur die Revisionsstelle der Gemeinde Muri bei Bern, sondern auch des Vereins Spitex-Dienste Muri-Gümligen. Was ganz bestimmt ausgeschlossen werden könne, sei die Tatsache, dass das Geld danach auf die hohe Kante des Vereins Spitex-Dienste fliessen werde. Das würde, wenn wir jetzt zu hohe

Beträge zur Abschreibung zuliessen, dazu führen, dass es zu einem späteren Zeitpunkt zu besseren Rechnungsergebnissen käme, was den Anteil der Gemeinde resp. des lastenverteilungsberechtigten Anteil entsprechend verbessern würde. Im Moment gehe man davon aus, dass die Gemeinde nicht zu Schaden kommen werde. Der Gemeinderat sei froh für diesen Hinweis und würde ihn prüfen. Es sei im Übrigen so, dass man im Moment den Betrag von insgesamt CHF 686'700.00 im Budget habe. Mindestens bis zum Betrag von CHF 645'000.00 bewege man sich im Rahmen der Kostenobergrenze des Kantons zum Lastenverteiler, somit diskutiere man maximal über

CHF 40'000.00. Sollten die Abklärungen ergeben, dass der relevante Betrag von CHF 82'000.00 herausgenommen werden müsste, würde dies selbstverständlich gemacht und dem Verein Spitex-Dienste Muri-Gümligen entsprechend kommuniziert. Weil diese Frage noch mit der externen Revisionsstelle diskutiert werden solle, bitte er den Rat, diesen Betrag im Moment unverändert im Budget zu belassen. Es bestehe keine Gefahr, dass die Gemeinde irgendwie zu kurz komme.

Marc Loosli (SVP) führt aus, es sei doch schon so, dass die Gemeinde bei jährlichen Abschreibungen von 10% dem Verein in 10 Jahren eine Wohnung finanziert hätte, womit man sich überlegen müsse, weshalb sie schlussendlich nicht der Gemeinde gehöre.

Hans-Rudolf Saxer erwidert, es handle sich hierbei um eine relativ komplexe Übungsanlage. Er möchte, dass dies nicht aus der Hüfte entschieden werde, sondern dass die nötigen Abklärungen mit der Revisionsstelle getroffen werden könnten.

Bettina Staub (Forum) weist darauf hin, es handle sich beim Verein Spitex-Dienste Muri-Gümligen nicht um irgend einen Sportverein, welcher Freizeit betreibe, sondern um einen Verein, welcher einen öffentlichen Auftrag der Gemeinde für die Bevölkerung erfülle und einen Vertrag habe. Es gehe daher nicht um einen frankenmässigen Beitrag für einen Sportverein, sondern um eine öffentliche Dienstleistung, wovon alle von uns womöglich irgendeinmal in die Situation kommen könnten, diesen in Anspruch nehmen zu müssen.

Urs Grütter (SVP) erklärt, er ziehe diesen Antrag, damit niemand in Verlegenheit käme, zurück. Andererseits müsse er schon sagen, dass bei einem Vertrag mit einem Partner, welcher eine Dienstleistung zu einem kalkulierten Preis erbringe, auch ein marktgerechter Ertrag realisiert werde. Wenn er es richtig mache, könne er damit seine Lasten tragen. Aber hier liege eine ganz andere Situation vor. Es würden dem Verein Spitex-Dienste, nebst Entschädigung für seine Leistungen, gewisse Auslagen blank übernommen. Er möchte auch einmal, dass die Gemeinde ihm als Familienvater oder Geschäftsunternehmer die Hypothek bezahle. Genau das passiere, wenn der Verein zulasten der Gemeinde abschreiben dürfte. Im Übrigen ziehe er zwei Kinder auf, was als Dienstleistung für die Allgemeinheit auch noch etwas Wert sei. Unter Beachtung der Zusicherung, dass die eingangs erwähnte Differenz überprüft werde und dieser Posten allenfalls automatisch herausfalle, könne er den Antrag zurückziehen.

Zum Voranschlag 2007 werden keine weiteren Bemerkungen vorgetragen.

Urs Grütter gibt als Sprecher der GPK bekannt, für das Schlusswort verweise er auf die eingangs mitgeteilten Ausführungen. Die GPK empfehle die Annahme der Anträge des Gemeinderates.

Hans-Rudolf Saxer nimmt als gemeinderätlicher Sprecher noch zu einigen Voten Stellung. So sei seitens des Forums vorgetragen worden, ein Investitionsvolumen von jährlich CHF 3 bis 4 Mio. sei unrealistisch. Er müsse darauf hinweisen, dass die Gemeinde Muri bei Bern während einer sehr langen Zeit im Schnitt über CHF 8 Mio. investiert habe, was langfristig betrachtet ebenfalls nicht realistisch sei. Damit wolle er

sagen, dass auf lange Sicht Investitionen in der Höhe von jährlich CHF 3 bis 4 Mio. zu wenig seien, da gebe er dem Forum absolut recht. Mit diesen eingesetzten Beträgen kompensiere man nun die früher überdurchschnittlich hohen Investitionen. Weiter sei gesagt worden, die letzte Rechnung präsentiere sich leicht defizitär, was nicht zutreffend sei. Es habe ein sehr hoher Überschuss resultiert und selbst, was richtig sei, bei Ausklammerung der Sonderpositionen, wie die Auflösung des Fonds für das Alter und des Verkaufs einer Liegenschaft im Hargarten, habe die Gemeinde Muri bei Bern im Jahre 2005 schwarze Zahlen im Umfang von rund CHF 100'000.00 geschrieben und die Verschuldung um CHF 3 Mio. reduzieren können. Auch im Jahre 2006 würden weitere CHF 2 Mio. Schulden zurückbezahlt werden können. Von einer verantwortungslosen Schuldenspirale könne daher keine Rede sein. Zu einem weiteren Hinweis wolle er nur kurz Stellung beziehen. Es sei kundgetan worden, dass es völlig unzulässig sei, wie die Gemeinde im Investitionsplan mit dem Begriff PM (Pro Memoria) hantiere. Es sei eine Schönfärbung des Investitionsplans. Er weise auch dies in aller Form zurück. Unseriös wäre, wenn irgendwelche Projekte und noch unbekannte Zahlen in den Investitionsplan aufgenommen würden, hier könnte dem Gemeinderat zu Recht ein unseriöses Handeln attestiert werden. Es sei viel mehr eine ehrliche Variante - wie es bei den SBB gehandhabt werde - wenn man wisse, dass geplante Investitionsvorhaben, worüber jedoch noch keine Kenntnisse über Kosten und Planung vorliegen würden, mit einem PM im Investitionsplan aufgeführt seien. Einzelne Positionen würden daher auch in Zukunft mit einem PM versehen sein, sonst müssten sie ganz herausgenommen werden, was ja auch nicht im Sinne des Grossen Gemeinderates sei.

Der Vorsitzende führt aus, die Beratung sei somit abgeschlossen und orientiert, jetzt wäre der Zeitpunkt, um Rückanweisungsanträge zu stellen.

Verena Bettler Suter weist auf den seitens der SP-Fraktion gestellten Rückweisungsantrag hin.

Urs Grütter (SVP) stellt den Ordnungsantrag, es sei dem Parlament zu erläutern, wo der Unterschied zwischen einer Rückweisung eines Geschäftes und einer Nichtzustimmung zu den Anträgen des Gemeinderates liege.

Es sei ein gradueller Unterschied. Der Effekt sei der gleiche, erklärt Hans-Rudolf Saxer. Weder bei einer Rückweisung noch bei einer Ablehnung hätte die Gemeinde ein genehmigtes Budget, was zur Folge hätte, dass der Gemeinderat an der Januar-Sitzung dem Parlament ein neues Budget unterbreiten müsste. Formell sei es nicht dasselbe, es käme jedoch schlussendlich auf dasselbe heraus.

Der Vorsitzende verweist auf Art. 25 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates. "*Bei Anträgen auf Rückweisung einer Vorlage, eines Geschäftes oder eines Berichtes ist anzugeben, in welchem Sinn die Überarbeitung oder Neuprüfung geschehen soll. Bei Rückweisungsanträgen ist eine Diskussion möglich. Über einen Rückweisungsantrag wird am Schluss der Beratung abgestimmt.*" Darüber beraten habe man und der Rückweisungsantrag liege vor. Er schlage daher vor, zur Abstimmung zu schreiten.

Urs Grütter (SVP) erhebt einen Einwand gegen dieses Vorgehen. Er habe zuvor verstanden, über den Rückweisungsantrag sei zu diskutieren. Er möchte die Diskussion über eine Rückweisung eröffnen. Eine Diskussion mache Sinn, weil der Gemeinderat von den Fraktionen hören werde, ob sie einer Rückweisung zustimmten und wenn ja, aus welchen Gründen.

Die Diskussion wird eröffnet.

Verena Bettler Suter begründet den Rückweisungsantrag der SP-Fraktion. Die SP-Fraktion störten die im Investitionsplan als A-Positionen aufgeführten PM-Posten. Sie wollten die Mehrverschuldung im Griff halten und klarstellen, dass die Sparhysterie im Sachaufwand nicht das Ziel sein könne und dass aufgrund des ausgeglichenen Budgets bei der Einnahmenseite korrigiert werden müsse. Der Auftrag der SP-Fraktion sei in der Fraktionserklärung klar geäußert worden.

Der Vorsitzende fragt in Bezug auf den eben zitierten Art. 25 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates nach, in welchem Sinne die Überarbeitung oder Neuprüfung bei einem Rückweisungsantrages geschehen solle. Ob es richtig sei, wenn er aus dem Votum der SP-Fraktion interpretiere, dass ein anderes Budget mit einer anderen Steueranlage erarbeitet werden sollte.

Dies wäre die Konsequenz daraus, erwidert Verena Bettler Suter (SP).

Pia Aeschimann (Forum) erkundigt sich, ob dies angesichts der überwiesenen FDP-Motion überhaupt noch möglich sei. Dies sei für ihre Meinungsbildung ein relevanter Faktor.

Hans-Rudolf Saxer erklärt, die im Juni überwiesene Motion habe für den Gemeinderat den Charakter eines verbindlichen Auftrags, bei einer Steueranlage von 0.99 ein ausgeglichenes Budget vorlegen zu müssen. Das Parlament könne grundsätzlich zum Schluss kommen, dass es mittlerweile eine andere Meinung vertrete und könnte einen von ihm gefassten Beschluss ohne weiteres kippen.

Urs Grütter weist darauf hin, es störe die SVP-Fraktion, dass die CHF 425'000.00 nicht eingespart werden konnten. Dies müsse noch erfolgen, dann sei die im Juni gesetzte Leitplanke eingehalten und würde als neu vorgelegtes Budget bei der SVP-Fraktion auf Zustimmung stossen. Die Motion müsse somit absolut erfüllt sein.

Hannes Treier zeigt den Standpunkt der FDP-Fraktion auf. Sie seien gegen eine Rückweisung und für eine Zustimmung der gemeinderätlichen Anträgen mit den verschiedenen Überlegungen und Begründungen, welche sie bereits bei der Fraktionserklärung dargelegt hätten.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen vorgetragen.

Auf Antrag von Urs Grütter (SVP) erfolgt ein zehnminütiges Time-out.

Der Vorsitzende weist nach dem Unterbruch auf den Rückweisungsantrag der SP-Fraktion zum Investitionsplan hin, womit primär die A-Punkte kritisiert würden.

Der Gemeinderat habe bei einer Rückweisung des Investitionsplans zum Konto 200 "Kindergärten, Bauliche Massnahmen", auch in zwei Monaten noch keine Zahlen vorliegen, erklärt Hans-Rudolf Saxer. Er könne daher zum jetzigen Zeitpunkt keine Zahlen liefern, weil diese schlichtweg noch nicht bekannt seien.

Pia Aeschimann (Forum) gibt bekannt, unter 217 "Schulliegenschaften, Sanierungen Schulanlagen", seien sehr weit weg, in den Jahren 2009, 2010 und 2011, je CHF 1 Mio. positioniert. Das werde ja wahrscheinlich auch nicht in genau dieser Form eintreffen. Warum könne man nicht auch bei den Kindergärten eine Zahl eintragen, im Wissen darum, dass es vielleicht nicht ganz seriös sei. Dies sei genau der Punkt, welcher das Forum als schönfärberisch erwähnt habe, die Zahl fehle.

Es werden keine weiteren Voten vorgetragen.

Beschluss

Der Rückweisungsantrag der SP-Fraktion zum Investitionsplan wird mit 30:7 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Urs Grütter erklärt im Namen der SVP-Fraktion, ihr Rückweisungsantrag werde zurückgezogen.

Der Vorsitzende erklärt den Rückweisungsantrag der SP-Fraktion zum Voranschlag 2007, wonach bei gleichbleibenden Ausgaben die Steueranlage erhöht werden sollte.

Beschluss (grossmehrheitlich)

Der Rückweisungsantrag der SP-Fraktion wird abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt die Anwesenheit von 39 Mitgliedern fest und erklärt, beide Rückweisungsanträge seien vom Tisch, man stimme somit über die vier gemeinderätlichen Anträge einzeln ab. Beim ersten Antrag möchte er noch darauf hinweisen, dass gemäss Art. 37 Abs. 2 der Gemeindeordnung der Investitionsplan nur angenommen werde, falls die Mehrheit aller Ratsmitglieder zustimmten, das heisse 21 Ratsmitglieder.

Beschluss

1. Der Investitionsplan der Einwohnergemeinde für die Jahre 2006 - 2011 wird genehmigt (32 Ja / 6 Nein / 1 Enthaltung).
2. Vom Finanzplan 2006 - 2011 wird Kenntnis genommen.
3. Für generelle und individuelle Besoldungsanpassungen werden insgesamt maximal 2,2 % zur Verfügung gestellt (37 Ja / 1 Nein / 1 Enthaltung).
4. Der Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2007 wird mit folgenden Ansätzen genehmigt (28 Ja / 6 Nein / 5 Enthaltungen):
 - ordentliche Gemeindesteuer im 0.99-fachen Betrag der im Steuergesetz vorgesehenen Einheitsansätze;
 - Liegenschaftssteuer 0,50 ‰ des amtlichen Wertes;
 - Feuerwehrpflichtersatzabgabe 3 % des Kantonssteuerbetrags, mindestens CHF 20.00, maximal CHF 400.00;
 - Hundetaxe für jeden in der Gemeinde gehaltenen Hund CHF 100.00.

5 Postulat SVP-Fraktion "Gesunde Muri-Finzen auch für morgen!"

Die Stellungnahme des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Der Gemeinderat beantragt, das Postulat abzulehnen.

Hans-Rudolf Saxer, gemeinderätlicher Sprecher, wünscht das Wort nicht.

Urs Grütter führt namens der SVP-Fraktion aus, man müsse offenbar eine Motion einreichen, damit der Gemeinderat etwas als Postulat akzeptiere und wenn man etwas als Postulat eingebe, werde das sogleich unter den Tisch gewischt, das sei zumindest ihre Auffassung. Er habe ausdrücklich ein Postulat verfasst, mit der Absicht, dass man sich Gedanken machen könnte, was für Einschnitte in Kauf genommen werden müssten, um wieder dorthin zu gelangen, wo Muri vor rund 15 Jahren gewesen sei. Es dünke ihn, diese Gedankenarbeit, dieses Denken in Szenarien, wäre

einmal etwas, was dieser Gemeinde wohl anstehen würde. Damit sei auch gesagt, dass man durch das Denken von Varianten womöglich auf Lösungen käme - allenfalls nicht auf jene des Postulats, jedoch vielleicht auf andere Lösungen. Aber einfach jede Kopfarbeit zur Frage, wie halten wir die Finanzen gesund, mit der Bemerkung abzuschmettern, es sei sowieso unrealistisch, habe ihm doch ein wenig zu denken gegeben. Man müsste doch wirklich im Stande sein, sich fragen zu können, was gemacht werden müsste, um dorthin zu gelangen. Man habe vor einigen Monaten erfahren, wie sich das Filag in den nächsten Jahren auf unsere Gemeinde auswirken werde. Um dem entgegenzuwirken, wäre eine Steuererhöhung eine mögliche Alternative, und zwar die absolut einfachste. Daneben gebe es womöglich noch einige schwierigere, unserer Gemeinde besser anstehende Lösungen. Man könnte diese im Sinne eines Maximalszenariums aufzeigen, wie beispielsweise, dass man sich die Musikschule nicht mehr leisten könnte oder dass die Spitex gestrichen werden müsste. Das Aufzeigen der verschiedenen Möglichkeiten, wo welche Einschnitte nötig seien, damit wir wieder dorthin gelangten, wo wir vor rund 15 bis 20 Jahren gewesen seien, wäre doch einen Gedanken wert. Deshalb habe er dafür ein Postulat und nicht eine Motion eingereicht. Bei einer Motion hätte er die Haltung des Gemeinderates, es sei unrealistisch, noch verstanden. Aber das heisse für ihn, es sei unrealistisch, so etwas zu denken. Und das sei nicht unrealistisch, sondern schlicht denkfaul.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen vorgetragen.

Beschluss

Das Postulat der SVP-Fraktion betr. "Gesunde Muri-Finanzen auch für morgen" wird mit 21:7 Stimmen bei 11 Enthaltungen abgelehnt.

6 Motion Forum-Fraktion betr. Einhaltung der Verkehrsaufgaben in der Überbauungsordnung Gümligenfeld; Zwischenbericht

Der Zwischenbericht des Gemeinderates liegt schriftlich vor.

Die gemeinderätliche Sprecherin, Beatrice Pulver-Schober, wünscht das Wort nicht.

Martin Häusermann bedankt sich namens des Forums für den vorliegenden Zwischenbericht. Sie seien froh, feststellen zu können, dass ihr Vorstoss den Gemeinderat zum Handeln bewegt habe. Sei das, in dem ein Monitoring zum Verkehrsaufkommen durchgeführt worden sei - er verweise auf den Bericht Roduner - oder, dass Massnahmen im Zusammenhang mit dem Media Markt zur Anwendung gelangt seien, insbesondere zur Durchsetzung der Parkordnung, oder indem, wie aktuell beim Vorhaben Zschokke, eine Umweltverträglichkeitsprüfung Stufe 2 durchgeführt werde. Noch im Unklaren lasse sie der Gemeinderat allerdings, wie im Rahmen der Fahrleistungsmodelle die Verkehrsmenge festgelegt werden solle. Diesbezüglich sei die Haltung des Gemeinderates nicht klar ersichtlich. Sie seien selbstverständlich interessiert, zu wissen, ob der Gemeinderat am Fahrtenkontingent von 2'500 Fahrten pro Tag festhalten oder ob es gelockert und damit auch ein zweites Mini-Lyssach in Kauf genommen werden wolle.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

7 Motion FDP/JF-Fraktion und SVP-Fraktion für ein Leitbild zur Ortsplanungsrevision

Die Begründung des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Der Gemeinderat beantragt, die Motion anzunehmen.

Der gemeinderätliche Sprecher, Hans-Rudolf Saxer, wünscht das Wort nicht.

Adrian Kauth (FDP) dankt dem Gemeinderat im Namen der Motionäre für die ausführliche Antwort. Sie hofften, dass sie entsprechend miteinbezogen würden, sobald es so weit sei. Sofern der Rat dieser Motion zustimmen sollte, danke er für die Annahme der Motion.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen vorgetragen.

Beschluss (grossmehrheitlich)

Die Motion der FDP/JF-Fraktion und SVP-Fraktion für ein Leitbild zur Ortsplanungsrevision wird angenommen.

8 Postulat Graham (Forum) betr. Wasseraufwärmung und Wassernutzung im Muribad

Die Stellungnahme des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Der Gemeinderat beantragt, das Postulat anzunehmen.

Die Vertreterin des Gemeinderates, Patricia Gubler-Geelhaar, wünscht das Wort nicht.

Es werden keine Wortmeldungen vorgetragen.

Beschluss (grossmehrheitlich)

Das Postulat Graham (Forum) betr. Wasseraufwärmung und Wassernutzung wird angenommen.

9 Kommission für Weiterbildung, Kultur und Gemeindebibliothek; Ersatzwahl

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für die verstorbene Suzanne Korn Krenger schlage die Freisinnig-Demokratische Partei Nicole Nufer-Nussbaum, Ökonomin/Hausfrau, Villetengässli 47B, 3074 Muri bei Bern, vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Frau Nicole Nufer-Nussbaum wird für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Kommission für Weiterbildung, Kultur und Gemeindebibliothek gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert der Gewählten.

10 Neue parlamentarische Vorstösse

Jugendmotion betreffend gedeckte Veloständer

Wir SchülerInnen und Schüler vom Schulhaus Seidenberg möchten gerne gedeckte Veloständer. Der Regen und Schnee schadet unseren Velos. Der Sattel wird dadurch nass und die Velos rosten.

Muri bei Bern, 20. September 2006 Tanja Bauer
Michel Weber
(und 39 Mitunterzeichnende)

Postulat Wegmüller (SP) betr. Standortplanung für Mobilfunkantennen

Der Gemeinderat wird gebeten, den Erlass einer Planungszone für Mobilfunkantennen für das gesamte Gemeindegebiet Muri zu prüfen. Gleichzeitig soll im Rahmen der Ortsplanung eine gesetzeskonforme Standortplanung für Mobilfunkantennen aller Art erarbeitet und entsprechende Zonen definiert werden.

Begründung:

Die Befürchtungen der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Strahlung von Mobilfunkantennen sind nach wie vor stark vorhanden. Zurzeit sind in der Gemeinde weitere Gesuche für den Bau von neuen Mobilfunkantennen hängig.

Sind keine ortsbildschützerischen Anliegen betroffen und die zulässigen Grenzwerte eingehalten, muss die zuständige Baubewilligungsbehörde nach bisheriger Bundesrechtlicher Rechtssprechung die Bewilligung für Mobilfunkantennen erteilen. Das Bundesgericht hat kürzlich seine Rechtssprechung in dieser Frage in einem Aargauer Entscheid relativiert. Nachdem es zunächst die gesetzgeberischen und planerischen Möglichkeiten von Kantonen und Gemeinden grundsätzlich verneint hatte, macht es in seinem neusten Entscheid Andeutung, dass innerhalb der Bauzonen durchaus gewisser Spielraum für bau- und planungsrechtliche Anordnungen der Kantone und Gemeinden besteht.

Der Gemeinderat soll nun diese Chance nutzen und eine entsprechende Planung vornehmen. Durch den Erlass einer Planungszone für Mobilfunkantennen wird es ihm möglich, im Rahmen der Ortsplanung sorgfältig zu prüfen, wo in Zukunft noch Mobilfunkantennen zulässig sein sollen.

Die hängigen Baubewilligungsverfahren für Antennen werden während dieser Zeit eingestellt, wenn der Gemeinderat ihnen nicht ausdrücklich zustimmt.

Gümligen, 24. Oktober 2006

Beat Wegmüller (SP)

*F. Ruta, J. Manz, D. Pedinelli, V. Bettler, M. Graham, U. Siegenthaler,
B. Marti, F. Aebi, P. Aeschmann, M. Häusermann, B. Staub, E. Mallepell,
U. Wenger, C. Chételat, J. Ziberi, S. Brüngger, R. Cadetg, L. Streit,
R. Raaflaub (20)*

Motion SVP- und FDP-Fraktion betr. Entwicklung des ESP Gümligenfeld

Der Gemeinderat wird beauftragt, bei den zuständigen kantonalen Instanzen unverzüglich die Zuteilung der für die weitere Entwicklung des ESP Gümligenfeld notwendigen Fahrten zu verlangen.

Begründung:

Der Bericht ecoptima ag / Roduner BSP und Partner vom 11. Mai 2006 kommt im Zusammenhang mit der umfangreichen Umweltverträglichkeitsprüfung zum Baugesuch Zschokke zum Schluss, dass eine Realisation der möglichen Bauvolumina im Gümligenfeld ein zusätzliches Fahrtenvolumen erzeugen werde. Weiter kommt er zum Schluss, dass dieses Fahrtenvolumen die umweltrechtlichen Randbedingungen einhält: Weder die zu erwartenden Lärmemissionen noch die zu erwartenden Luftbelastungen werden die anwendbaren Grenzwerte übersteigen.

Im Sinne einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung der Gemeinde ist die Realisation des Gümligenfelds zu fördern. Weil diese Entwicklung umweltrechtlich zu keinen Bedenken Anlass gibt, besteht kein Grund, diese zu verzögern und potentielle Investoren und Arbeitgeber abzuschrecken.

Aus gesamtkantonalen Sicht ist es zudem sinnvoll, verkehrsintensive Zentren möglichst nahe an der Autobahn und möglichst nahe bei den potentiellen Kunden anzusiedeln. Fachmarktkunden aus dem Oberland fahren heute über den Brünig nach Luzern oder durch die Gemeinde Muri hindurch weiter nach Schönbühl oder Lyssach. Eine Entwicklung des ESP Gümligenfeld wird somit gesamtkantonal die Anfahrtsstrecken für Fachmarktkunden verkürzen. Das führt zu kürzeren Anfahrten und damit auch zu einer geringeren Belastung von Kanton und Gemeinde: Wer bisher durch Muri hindurch nach Schönbühl oder Lyssach fuhr, wird heute nur noch bis zum Gümligenfeld fahren.

Der ESP Gümligenfeld war gemäss kantonaler Richtplanung von Anfang an für verkehrsintensive Vorhaben vorgesehen. Es ist somit aus gesamtkantonaler wie auch aus gemeindeinterner Sicht sinnvoll, dem ESP Gümligenfeld den nötigen Fahrtenkredit zu geben. Weiter soll der Gemeinderat damit auch ein kräftiges Zeichen für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Wirtschaftsfreundlichkeit unserer Gemeinde geben.

24. Oktober 2006

Urs Grütter (SVP)
Adrian Kauth (FDP)

*A. Stettler, B. Künzi, F. Schwander, J. Aebersold, R. Friedli, B. Lehmann,
M. Loosli, M. Müller, K. Heer, R. Cadetg, R. Meyer, J. Beck, E. Mallepell,
P. Kästli, F. Müller, R. Grubwinkler (18)*

Gegen das Verfahren werden keine Einwände erhoben.

Der Vorsitzende informiert, eigentlich müssten an der nächsten Sitzung die beiden Interpellationen "Auswirkungen des Flughafens Bern-Belp auf unsere Gemeinde" sowie "Cash & Carry bei der Autobahnausfahrt Muri" beantwortet werden. Da jedoch im November lediglich diese beiden Traktanden zur Abstimmung gelangen würden, habe das Büro im Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat sowie Daniela Pedinelli als Interpellantin beschlossen, die beiden Interpellationen mit den Antworten bis spätestens am 14. November 2006 den Ratsmitgliedern per E-Mail zu schicken. Gleichzeitig werde am nächsten Erscheinungstermin nach dem 14. November 2006 in der Lo-Na publiziert, dass die vollständigen Interpellationen mit den entsprechenden Antworten auf der Website der Gemeinde Muri bei Bern abgerufen werden könnten. Infolgedessen falle die Novembersitzung aus und man könne bereits an die Weihnachten denken.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Der Protokollführer:

R. Grubwinkler

S. Laager